

# Amts-Blatt

der Königl. Regierung zu Oppeln.

Stück 11.

Ausgegeben Oppeln, den 18. März

1887.

## Bekanntmachungen auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1878.

**241.** Auf Grund des §. 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das Flugblatt mit der Ueberschrift: „Wähler des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises! Mitbürger! Arbeiter! Handwerker!“, und den Eingangsworten: „Der 21ste Februar wird für Euch von unermesslicher Bedeutung sein! u.“ Verlag von A. Brand, Michaelkirchstr. 4. — Druck von F. Köpke, Berlin — nach §. 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten von Landespolizeiwegen verboten worden ist.

Berlin, den 20. Februar 1887.

Der königliche Polizei-Präsident.

Freiherr von Richthofen.

**242.** Auf Grund des §. 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das Flugblatt mit der Ueberschrift: „Wähler des 5ten Berliner Reichstags-Wahlkreises! Mitbürger! Arbeiter! Handwerker!“ Druck und Verlag der Verl. Druckerei-Actien-Gesellschaft, Kochstraße 3, nach §. 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten von Landespolizeiwegen verboten worden ist.

Berlin, den 21. Februar 1887.

Der königliche Polizei-Präsident.

Freiherr von Richthofen.

**243.** Auf Grund der §§. 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird das im Druck von Julius Koch Nachfolger Friedrichsberg erschienene Flugblatt mit der Ueberschrift: „An die Wähler des Niederbarnimer Kreises“ und mit der Unterschrift: „G. Wapshardt. J. Bieweg“ verboten.

Potsdam, den 19. Februar 1887.

Der Regierungs-Präsident.

von Neefe.

**244.** Auf Grund der §§. 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 (R.-G.-Bl. S. 351) wird hierdurch das Flugblatt, beginnend mit den Worten:

„Wähler Danzigs! Der Tag der Entschei-

dung, der 21ste Februar, rückt heran u. u.“  
Redaction und Verlag von J. Dorowski, Danzig.  
Druck von C. Pangowski, Danzig, Alischottland 90.  
durch die unterzeichnete Landes-Polizeibehörde verboten.  
Dies Verbot ist für das ganze Deutsche Bundesgebiet wirksam.

Danzig, den 19. Februar 1887.

Der königliche Regierungs-Präsident.

Rothe.

**245.** Das bei M. Ernst zu München gedruckte Flugblatt, welches mit den Worten: „An die Reichstagswähler von Wühlhausen!“ beginnt und mit den Worten: „Das Wahlcomité der Arbeiterpartei in Wühlhausen i. Th.“ schließt, wird hierdurch auf Grund von §. 11 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 verboten.

Erfurt, den 20. Februar 1887.

Der Regierungs-Präsident.

von Brauchitsch.

**246.** Das von W. Bodroth in Gotha gedruckte Flugblatt, welches mit den Worten: „Wähler von Stadt und Land!“ beginnt und mit den Worten: „auf ihren Leim zu gehen“ schließt, wird hierdurch auf Grund von §. 11 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 verboten.

Erfurt, den 20. Februar 1887.

Der Regierungs-Präsident.

von Brauchitsch.

**247.** Auf Grund der §§. 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 ist das sozialistische Wahlflugblatt mit der Ueberschrift: „An die Wähler des 6ten Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises“ und den Eingangsworten „Mitbürger! wiederum bewirbt sich“ u. s. w., gedruckt in der Vereinsbuchdruckerei Hottingen-Zürich, unterm heutigen Tage von der unterzeichneten Landes-Polizeibehörde verboten worden.

Schleswig, den 19. Februar 1887.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

von Frank.

**248.** Auf Grund der §§. 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der So-

zialdemokratie vom 21sten October 1878 wird das bei der Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich gedruckte und verlegte, an die Wähler des 17ten hannoverschen Wahlkreises gerichtete Wahlflugblatt, welches mit den Worten: „Wähler! Am 21sten Februar d. J. ist Reichstagswahl!“ beginnt und mit den Worten: „Glückauf zur Wahlschlacht, zum Wahlziel!“ schließt und in welchem zur Wahl des Schuhmachermeisters Heinrich Baerer in Linden bei Hannover aufgefördert wird, hiermit verboten.

Stade, den 18. Februar 1887.

Der Regierungs-Präsident.

Franzins.

**249.** Die unterzeichnete Königliche Kreishauptmannschaft hat auf Grund von §. 11 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 die Druckschrift:

„Reichstagswähler des 7ten, sächsischen Wahlkreises“, beginnend mit den Worten: „Möglichst und Vielen unerwartet ist der Deutsche Reichstag am 14ten Januar aufgelöst worden“; und unterzeichnet: „Das sozialdemokratische Wahl-Comité“, Verleger Julius Biehler, genannt Gerhardt, in Großenhain; Druck von J. Walther's Buchdruckerei in Burgstädt —

verboten.

Dresden, den 19. Februar 1887.

Königlich sächsische Kreishauptmannschaft.

von Koppensels.

**250.** Auf Grund §. 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das zur Vertheilung gelangte Flugblatt, beginnend:

„An die Wähler des 1sten Hamburger Wahlkreises. Der 21ste Februar soll ic.“

und schließend mit den Worten:

„Es lebe das freie Deutschland“

ohne Unterschrift und ohne Angabe des Druckers und Verlegers, nach §. 11 des gedachten Gesetzes Seitens der unterzeichneten Landes-Polizeibehörde verboten ist.

Hamburg, den 19. Februar 1887.

Die Polizeibehörde.

Sachmann.

**251.** Auf Grund des §. 11 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird der mit der Ueberschrift: „An die Wähler des Wahlkreises Mühlhausen“ versehene und mit den Worten: „Am 21sten Februar steige tausendfach wiederholt aus derselben der Name Schreiner Karl Fiedel, Mühlhausen“ schließende, die Reichstagswahl betreffende sozialdemokratische Wahlaufruf, gedruckt in der Buchdruckerei von Ad. Ged in Offenburg (Baden), hierdurch verboten.

Kolmar, den 18. Februar 1887.

Der Bezirks-Präsident.

Limme.

**252.** Auf Grund §. 12 des Reichsgesetzes gegen die

gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das zur Vertheilung gelangte Flugblatt, beginnend:

„An die Wähler des 2ten Hamburger Wahlkreises. Der 21ste Februar soll ic.“

und schließend mit den Worten:

„Es lebe das freie Deutschland“

ohne Unterschrift und ohne Angabe des Druckers und Verlegers, nach §. 11 des gedachten Gesetzes Seitens der unterzeichneten Landes-Polizeibehörde verboten worden ist.

Hamburg, den 19. Februar 1887.

Die Polizeibehörde.

Sachmann.

**253.** Auf Grund des §. 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das Flugblatt mit der Ueberschrift: „Wähler! Mitbürger! Auf zur Reichstagswahl!“ Verlag von Heinrich Müller, Queblinburg, Druck von E. Lautenbach, Halberstadt, nach §. 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten verboten worden ist.

Magdeburg, den 21. Februar 1887.

Der Regierungs-Präsident.

von Wedell.

**254.** Auf Grund der §§. 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 sind folgende Druckschriften von der unterzeichneten Landes-Polizeibehörde unterm heutigen Tage verboten worden:

1) das Wahlflugblatt mit der Ueberschrift: „An die Wähler des 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreises“, beginnend: „Der 21. Februar soll ein Tag von außerordentlicher Bedeutung werden“, und schließend: „Es lebe die Sozialdemokratie“. „Es lebe das freie Deutschland!“ ohne Angabe des Druckortes;

2) das Wahlflugblatt mit der Ueberschrift: „An die Reichstagswähler des VII. schleswig-holsteinischen Wahlkreises!“, den Eingangsworten: „Wähler! Wieder einmal stehen wir“ u. s. w., unterzeichnet: „Mehrere Wähler“, ohne Angabe des Druckortes;

3) das Wahlflugblatt mit der Ueberschrift: „An die Wähler des 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreises“ und im Texte gleichlautend mit Nr. 1, ohne Angabe des Druckortes;

4) das Wahlflugblatt mit der Ueberschrift: „An die Wähler des 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreises!“, den Eingangsworten: „Mitbürger! Wiederum bewirbt sich“ u. s. w., gedruckt in der Vereinsbuchdruckerei Hottingen-Zürich.

Schleswig, den 21. Februar 1887.

Königliche Regierung, Abteilung des Innern.

von Frank.

**255.** Die unterzeichnete Königliche Kreishauptmann-



schaft hat auf Grund von §. 11 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 die Druckschrift:

„Wähler des 4. sächs. Reichstagswahlkreises“, beginnend mit den Worten: „Morgen, Montag ist Wahl. Diese Wahl, wir hoffen es, macht Euch keine Qual;“

Verleger: August Lehmann, Dresden.

Druck von R. Schmidt, Dresden.

verboten.

Dresden, den 21. Februar 1887.

Königlich sächsische Kreishauptmannschaft.  
von Koppensfels.

**256.** Die unterzeichnete Königl. Kreishauptmannschaft hat auf Grund von §. 11 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 das Wahlflugblatt mit der Aufschrift:

„Reichstagswähler, Bürger, Handwerker, Arbeiter“, unterzeichnet mit: „Das Wahl-Comité für die Wahl des Herrn Horn“, Verleger A. Stelzer, Kötzau. Druck von R. Schmidt, Dresden,

verboten.

Dresden, den 21. Februar 1887.

Königlich sächsische Kreishauptmannschaft.  
von Koppensfels.

**257.** Die Königl. Kreishauptmannschaft als Landes-Polizeibehörde hat das mit der Ueberschrift: „An die Wähler Leipzigs“ versehene und mit: „Das Arbeiter-Wahlcomité“ unterzeichnete Wahlflugblatt —

Druck von Albert Seebach, Leipzig.

Verlag von W. Liebknecht, Borsdorf,

sowie das mit

„Herr Dr. med. Ferd. Götz (Lindenau) vor 20 Jahren“ beginnende, an die Wähler des 13. Wahlkreises gerichtete und mit: „Das Arbeiter-Wahlcomité“ unterzeichnete Wahlflugblatt —

Druck: Wörlein und Co., Nürnberg.

Verleger: W. Liebknecht, Borsdorf,

auf Grund von §§. 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 verboten.

Leipzig, am 20. Februar 1887.

Königl. Kreishauptmannschaft.

Graf zu Münster.

**258.** Der „Wahlverein für Pforzheim und Umgebung“ wird auf Grund der §§. 1 und 6 des Reichsgesetzes vom 21sten October 1878 gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie verboten.

Karlsruhe, den 21. Februar 1887.

Der Großherzoglich badische Landeskommissär  
für die Kreise Karlsruhe und Baden.

J. B.:

Fr. Wielandt.

**259.** Das Flugblatt mit der Ueberschrift: „In

vielen Orten des badischen Landes“, unterzeichnet: „Offenburg, den 18. Januar 1887 Adolf Ged, Kandidat der Arbeiterpartei“ — Druck und Verlag von Adolf Ged in Offenburg, Eigenthum des Kreiswahlcomité's“ wird auf Grund des §. 11 des Reichsgesetzes vom 21sten October 1878 gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie verboten.

Karlsruhe, den 20. Februar 1887.

Der Großherzoglich badische Landeskommissär für die Kreise Karlsruhe und Baden.

J. B.:

Fr. Wielandt.

**260.** Die Nummer 21 des in Offenburg erscheinenden Wochenblattes „Der Volksfreund“ wird auf Grund der §§. 11 und 12 des Gesetzes vom 21sten October 1878 gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie verboten und dieses Verbot wird zugleich auf das fernere Erscheinen des „Volksfreund“ erstreckt.

Freiburg, den 20. Februar 1887.

Der Großherzogliche Landeskommissär  
für die Kreise Lörrach, Freiburg und Offenburg.

Hebling.

**261.** Das unterzeichnete Kreisamt hat auf Grund des §. 11 des Reichsgesetzes vom 21sten October 1878 gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie das bei M. Jahn (vormals C. Ulrich) zu Offenbach a. M. gedruckte Wahlflugblatt mit der Ueberschrift: „An die Reichstagswähler des Wahlkreises Offenbach-Dieburg. Arbeiter! Bürger! Landleute!“ unterzeichnet: „Das Arbeiter-Wahlcomité.“ verboten.

Offenbach, am 21. Februar 1887.

Großherzogliches Kreisamt.

Haas.

**262.** Auf Grund der §§. 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird das von Wörlein u. Comp. in Nürnberg gedruckte und verlegte Flugblatt, welches auf der einen Seite unter der Ueberschrift: „Ein Flugblatt für die ganz Dummen!“ die Wahl des „Schuhmachers Wilhelm Bod“ empfiehlt, auf der anderen Seite unter der Ueberschrift: „Auf zur Wahl!“ in Reimform auffordert, sozialistisch zu stimmen, hiermit verboten.

Gotha, den 20. Februar 1887.

Der Stadtrath.

Liebetrau, i. B.

**267.** Auf Grund der §§. 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird das bei Fritz Perbert in Stettin gedruckte Flugblatt:

„Arbeiter, Handwerker!“

hiermit verboten.

Stettin, den 22. Februar 1887.

Der Regierungs-Präsident.

J. B.:

Freiherr von Puttkamer.

**268.** Das in Druck von Daniel Bohns hierselbst erschienene Flugblatt, welches beginnt: „Arbeiter! Handwerker! Mitbürger!“ und unterzeichnet ist: „Das Arbeiter-Wahlcomité“ wird auf Grund des §. 11 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 hierdurch verboten.

Machen, den 22. Februar 1887.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.  
von Bremer.

**269.** Auf Grund des §. 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die nichtperiodische Druckschrift mit der Ueberschrift: „An die Reichstagswähler Münchens I. und II.“, unterzeichnet: „Das Wahlcomité der Arbeiterpartei in München“, Druck von M. Ernst in München, gemäß §. 11 des gedachten Gesetzes Seitens der unterzeichneten Landes-Polizeibehörde verboten worden ist.

München, den 22. Februar 1887.

Königliche Regierung von Ober-Bayern,  
Kammer des Innern.  
Freiherr von Pfeufer,  
Präsident

**270.** Auf Grund §. 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das Flugblatt: „An die Wähler des 3. Hamburgischen Wahlkreises“, welches mit den Worten beginnt:

„Mitbürger! Wiederum bewirbt sich“

und schließt:

„Zur Zeit in Geheim.“

Vereinsdruckerei Hottingen-Zürich.

nach §. 11 des genannten Gesetzes von der unterzeichneten Landes-Polizeibehörde verboten worden ist.

Hamburg, den 22. Februar 1887.

Die Polizeibehörde.  
Sachmann.

**275.** Auf Grund der §§. 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Broschüre:

„Anti-Syllabus“

von Dr. Hermann Kraiser in Hermannstadt in Siebenbürgen, nach §. 11 des vorgedachten Gesetzes durch die unterzeichnete Landes-Polizeibehörde verboten worden ist.

Posen, den 22. Februar 1887.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

**276.** Auf Grund des §. 11 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird das Wahlflugblatt: „An die Wähler des Wahlkreises Viefelsfeld-Wiedenbrück“, beginnend mit den Worten: „Wäh-

ler! Angesichts der für den nächsten Montag bevorstehenden Reichstagswahl“ und unterzeichnet: „Das sozialdemokratische Wahl-Comité. J. A. D. Hegemann.“

verboten.

Minden, den 22. Februar 1887.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.  
von Schierstedt.

**279.** Auf Grund der §§. 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das in polnischer und deutscher Sprache gedruckte Flugblatt, welches betitelt ist:

„Odezwa do Polkiego ludu“

und unterzeichnet:

Viele Arbeiter Ostrowo's,

Verlag von R. Komernicki in Dresden, Druck von Schönfeld und Harnisch in Dresden, nach §. 11 des vorgedachten Gesetzes durch die unterzeichnete Landes-Polizeibehörde verboten worden ist.

Posen, den 22. Februar 1887.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.  
von Holwede.

**280.** Auf Grund der §§. 11, 12 und 15 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird das bei E. Herzog in Mainz gedruckte, im Verlage von Franz Jöst daselbst erschienene Wahlflugblatt, mit den Worten beginnend: „Offener Brief an die Wähler Wiesbadens“ und mit den Worten schließend: „und energisch für die Volksrechte eingetreten ist“, hierdurch verboten.

Wiesbaden, den 23. Februar 1887.

Der Königliche Regierungs-Präsident.  
von Wurmb.

**286.** Auf Grund der §§. 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird das im Druck von Goedeke und Gailinel, Berlin N. Friedrichstraße 105a, und unter verantwortlicher Redaktion des Karl Fringel in Brandenburg erschienene Flugblatt mit der Ueberschrift: „An die Wähler des Westhavelländischen Wahlkreises“ und mit den Schlussworten: „Ferdinand Ewald, Bergolbmermeister in Brandenburg a. H.“ verboten.

Potsdam, den 24. Februar 1887.

Der Regierungs-Präsident.  
von Heese.

**287.** Auf Grund der §§. 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 ist der „Wahlausruf an die Reichstagswähler des 5. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises“, beginnend: „Wähler! Wieder einmal stehen wir vor einer Reichstagswahl“ und endigend: „Gehet am 21. Februar Eure Stimme nur dem Arbeitervertreter Herrn Stephan Heinkel“, unterzeichnet: „Mehrere Wähler“, gedruckt



von Wilhelm Janßen, Jekhoe — von uns verboten worden.

Schleswig, den 24. Februar 1887.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.  
von Frankl.

**288.** Auf Grund der §§. 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie hat die unterfertigte Landes-Polizeibehörde mit Beschluß vom Heutigen die Nr. 44 der in Kaiserslautern erscheinenden Zeitung: „Pfälzische Freie Presse“, vom 22sten Februar d. J. (redigirt und verlegt von Adam Frankl in Kaiserslautern, gedruckt in der Karl Willig'schen Buchdruckerei in Kaiserslautern), verboten.

Speyer, den 25. Februar 1887.

Königlich bayerische Regierung der Pfalz,  
Kammer des Innern.  
von Braun,

Königlicher Regierungs-Präsident.

**291.** Auf Grund des Gesetzes vom 21sten October 1878, betreffend die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, habe ich das im Verlage von A. Bunt in Königsberg erschienene, bei Heintz Thierbach Nachfolger dortselbst gedruckte Flugblatt:

„Wähler des Insterburg-Gumbinner Wahlkreises, besonders Ihr Arbeiter, Handwerker, Kleinbürger und Landleute u. s. w.,

in welchem zur Wahl des Schlossers August Godau als Reichstags-Abgeordneten im Insterburg-Gumbinner Reichstags-Wahlbezirk aufgefodert wird, verboten.

Gumbinnen, den 25. Februar 1887.

Der Regierungs-Präsident.

In Vertretung:  
von Stockhausen.

**292.** Auf Grund der §§. 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das in polnischer und deutscher Sprache gedruckte Flugblatt:

„Odezwa do polskiego ludu“,

Verlag von R. Konrnick in Dresden, Druck von Schönfeld und Harnisch in Dresden, nach §. 11 des vorgedachten Gesetzes durch die unterzeichnete Landes-Polizeibehörde verboten worden ist.

Posen, den 25. Februar 1887.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.  
von Holwede.

**293.** Auf Grund der §§. 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird das in der Vereinsbuchdruckerei Hottingen-Zürich gedruckte, „an die Wähler des 17. Hannoverschen Wahlkreises!“ gerichtete Wahlflugblatt, welches mit den Worten: „Wahlbürger! Wiederum bewirbt sich die Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl um Eure Stimmen!“ beginnt, und mit den Worten: „Wählt einstimmig Heinrich Baerer, Schuhmacher in Linden vor Hannover“

schließt, hiermit verboten.

Stade, den 24. Februar 1887.

Der Regierungs-Präsident.  
Franzius.

**294.** Auf Grund der §§. 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das polnische Flugblatt, welches betitelt ist:

„Kilka słow do robotników polskich“

und unterzeichnet:

„Józefa Konstantego Janiszewskiego“,

nach §. 11 des vorgedachten Gesetzes durch die unterzeichnete Landes-Polizeibehörde verboten worden ist.

Posen, den 25. Februar 1887.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.  
von Holwede.

**295.** Auf Grund §. 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das Flugblatt:

„An die Wähler des 3. Hamburgischen Wahlkreises“

welches mit den Worten beginnt:

„Wahlbürger! Noch einmal sollt ihr zur Urne schreiten“

und schließt:

„in Kiel.“

ohne Angabe des Druckers und Verlegers —

nach §. 11 des genannten Gesetzes von der unterzeichneten Landes-Polizeibehörde verboten worden ist.

Hamburg, den 27. Februar 1887.

Die Polizeibehörde.

Sachmann.

**301.** Nachdem durch die Bekanntmachung des Großherzoglich badischen Landeskommissärs für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach vom 7ten d. M. („Reichs-Anzeiger“ Nr. 33) die Nummer 1 vom 25sten December 1886 der in Wien erscheinenden periodischen Druckschrift: „Gleichheit. Sozialdemokratisches Wochenblatt“ verboten worden ist, wird auf Grund der §§. 11 und 12 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 (Reichs-Gesetzbl. S. 351) auch die fernere Verbreitung des Blattes „Gleichheit“ im Reichsgebiet hierdurch verboten.

Berlin, den 23. Februar 1887.

Der Reichskanzler.

In Vertretung:

von Boetticher.

**302.** Auf Grund des §. 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das Flugblatt: „An die Wähler des III. Berliner Reichstags-Wahlkreises!“ welches mit den Worten beginnt: „Wahlbürger! Arbeiter! Handwerker! Der 21ste Februar hat Euren Sieg noch nicht endgiltig entschieden“ u. s. w., und mit den Worten schließt: „Ihm gebt am 2ten



März Mann für Mann Eure Stimme!" — Verleger Peter Sauer, Berlin, Michaelkirchstraße 4 — nach §. 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten von Landespolizeiwegen verboten worden ist.

Berlin, den 1. März 1887.

Der Königliche Polizei-Präsident.

Freiherr von Richthofen.

**303.** Auf Grund der §§. 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 sind folgende Druckschriften von uns verboten worden:

1) der Wahlaufdruck mit der Ueberschrift: „Ein letztes ernstes Wort an die Wähler des 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreises. Arbeiter! Handwerker! Mitbürger!" welcher beginnt: „am Tage der Stichwahl trete ein Jeder" und schließt: „NB. Der Wegfall der untersten Klassensteuerstufe ist kein Wahlhinderniß", Druck von Wörlein u. Co., Nürnberg;

2) der Wahlaufdruck: „An die Wähler des 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreises!" beginnend: „Mitbürger! Noch einmal sollt ihr zur Urne schreiten" und mit den Schlußworten: „Wählt einstimmig den Vertreter der Sozialdemokratie Hermann Wollenduhrt in Kellinghusen", ohne Angabe des Druckers.

Schleswig, den 28. Februar 1887.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.  
von Frank.

**304.** Auf Grund der §§. 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 ist das im Verlage von August Neumann zu Elberfeld erschienene und von F. Berle daselbst gedruckte Flugblatt mit der Ueberschrift:

„An die Wähler Barmen-Elberfeld! In letzter Stunde", und unterzeichnet: „Das Arbeiter-Wahlkomitee",

durch welches Friedrich Harm in Elberfeld als Kandidat der Arbeiterpartei empfohlen wird, von der unterzeichneten Landes-Polizeibehörde unterm heutigen Tage verboten worden.

Düsseldorf, den 25. Februar 1887.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.  
von Moon.

**314.** Auf Grund der §§. 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 haben wir das Wahlflugblatt: „An die Reichstagswähler des 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreises! Mahnruf!" beginnend: „Wähler! Die Hauptwahlkraft ist geschlagen" und mit den Schlußworten: „und dies kann nur der Kandidat der Arbeiterpartei Stephan Heinzel in Kiel", unterzeichnet: „Mehrere Wähler", Druck von Wörlein u. Co. Nürnberg, verboten.

Schleswig, den 2. März 1887.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

J. B.:

Letens.

**315.** Auf Grund des §. 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die nichtperiodische Druckschrift: „Sozialdemokratische Bibliothek. XII. Christenthum und Sozialismus." Eine religiöse Polemik zwischen Herrn Kaplan Hohoff in Hülse und dem Verfasser der Schrift: Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages und der Landtage und die Sozialdemokratie. Separatabdruck aus dem „Volksstaat" von 1873/74. Göttingen-Büch. Verlag der Volksbuchhandlung. 1887. — nach §. 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten von Landespolizeiwegen verboten worden ist.

Berlin, den 2. März 1887.

Der Königliche Polizei-Präsident.

Freiherr von Richthofen.

**321.** Auf Grund der §§. 11 und 12 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird das in Königsberg in Ostpreußen erschienene Flugblatt, beginnend mit den Worten:

„Lies und gieb's weiter!

Reichstagswähler!

Daß die Arbeiterpartei vor einer Stichwahl Vieles über sich ergehen lassen muß" u. s. w., Verlag von A. Bunt, Druck von Heinr. Thierbach Nachfgr., hierdurch verboten.

Königsberg, den 5. März 1887.

Der Königliche Regierungs-Präsident.  
Stadt.

**330.** Auf Grund des §. 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die nichtperiodische Druckschrift mit den Eingangsworten: „An die Reichstagswähler des Wahlkreises München III", unterzeichnet vom „Wahlkomitee der Arbeiterpartei in München", gedruckt von W. Ernst in München, gemäß §. 11 des gedachten Gesetzes Seitens der unterzeichneten Landes-Polizeibehörde verboten worden ist.

München, den 6. März 1887.

Königliche Regierung von Oberbayern.

Kammer des Innern.

Freiherr von Pfeufer,  
Präsident.

**334.** Auf Grund der §§. 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 wird die in der Genossenschaftsbuchdruckerei Göttingen-Büch gedruckte nichtperiodische Schrift: „Der rothe Teufel" hierdurch verboten.

Wiesbaden, den 10. März 1887.

Der Königliche Regierungs-Präsident.

J. B.:

Mollier.



## Reichs-Gesetzblatt.

**167.** Die Nummer 5 des Reichs-Gesetzblatts enthält unter

Nr. 1699 die Verordnung, betreffend die Militär-Transport-Ordnung für Eisenbahnen im Kriege (Kriegs-Transport-Ordnung). Vom 26sten Januar 1887; und unter

Nr. 1700 die Bekanntmachung, betreffend den Militäratarif für Eisenbahnen. Vom 28sten Januar 1887.

**266.** Die Nummer 6 des Reichs-Gesetzblatts enthält unter

1701 die Verordnung, betreffend die Einberufung des Reichstages. Vom 23sten Februar 1887.

**316.** Die Nr. 7 des Reichs-Gesetzblatts enthält unter

Nr. 1702 die Bekanntmachung, betreffend die technische Einheit im Eisenbahnwesen. Vom 17ten Februar 1887.

**333.** Die Nummer 8 des Reichs-Gesetzblatts enthält unter

Nr. 1703 das Gesetz, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres. Vom 11ten März 1887.

## Gesetz-Sammlung für die Königlich Preussischen Staaten.

**274.** Die Nummer 4 der Gesetz-Sammlung enthält unter

Nr. 9176 die Verordnung, betreffend die Vereidigung der katholischen Bischöfe (Erzbischöfe, Fürstbischöfe) in der preussischen Monarchie. Vom 13ten Februar 1887.

## Bekanntmachungen der höchsten Staats-Behörden.

**331.** Auf Ihren Bericht vom 9ten Februar d. J. will Ich dem Kreise Grottkau im Regierungsbezirke Oppeln, welcher den Bau zweier Kreis-Chausséen 1) von Gührau über Striegendorf nach Bindel und 2) von Ramnig nach Groß-Carlowitz beschlossen hat, das Enteignungsrecht für die zu diesen Chausséen erforderlichen Grundstücke, sowie gegen Uebernahme der künftigen chaussémäßigen Unterhaltung der Straßen das Recht zur Erhebung des Chausséegeldes nach den Bestimmungen des Chausséegeld-Tarifs vom 29sten Februar 1840 (S. S. 94 ff.) einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen, die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften — vorbehaltlich der Abänderung der sämtlichen vor-angeführten Bestimmungen — verleihen. Auch sollen die dem Chausséegeld-Tarife vom 29sten Februar 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chaussée-Polizei-Vergehen auf die gedachten Straßen zur Anwendung kommen. Die eingereichte Karte erfolgt anbei zurück.

Berlin, den 16. Februar 1887.

gez. Wilhelm.

gez. Maybach.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

## Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

**326.** Der Herr Ober-Präsident der Provinz hat dem Vorstand des evangelischen Knaben-Rettungshauses „Bethesda“ zu Friedland O.S. die Genehmigung zur Abhaltung einer Hauscollekte bei den bemittelteren evangelischen Haushaltungen der Kreise Brieg, Strehlen, Neisse, Grottkau, Neustadt O.S. und Falkenberg zum Besten der gedachten Anstalt für das Jahr 1887 erteilt.

Die von dem Vorstande mit der Sammlung zu beauftragenden Personen haben sich durch Vorzeigung der Ober-Präsidialverfügung vom 22sten Februar d. Js. — D. P. 1561 — oder einer beglaubigten Abschrift derselben auszuweisen.

Oppeln, den 3. März 1887.

Der Regierungs-Präsident.

**327.** Der Herr Ober-Präsident der Provinz hat dem Vorstande des evangelischen Mädchen-Waisenhauses zu Altdorf, Kreis Pleß, die Genehmigung zur Abhaltung einer Hauscollekte bei den bemittelteren evangelischen Haushaltungen des Regierungsbezirks Oppeln zum Besten dieser Anstalt für die Zeit vom 1sten März 1887 bis dahin 1888 erteilt.

Die von dem Vorstand mit der Sammlung zu beauftragenden Personen haben sich durch Vorzeigung der Ober-Präsidialverfügung vom 24sten Februar d. Js. D. P. 1504. oder einer beglaubigten Abschrift derselben auszuweisen.

Oppeln, den 3. März 1887.

Der Regierungs-Präsident.

**328.** Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Herr Ober-Präsident der Provinz dem Vorstand des Leobschütz'er landwirthschaftlichen Kreisvereins am 24sten v. Mts. die Genehmigung erteilt hat, bei Gelegenheit des im Laufe dieses Jahres in Leobschütz stattfindenden Thierschauafestes eine öffentliche Verloosung von Pferden, Rindern, landwirthschaftlichen Gegenständen u. zu veranstalten und hierzu 10000 Loose a 1 Mark 50 Pfennige innerhalb der Regierungsbezirke Breslau und Oppeln auszugeben.

Oppeln, den 3. März 1887.

Der Regierungs-Präsident.

**336.** Mit der Führung der Kirchenbücher in der erledigten katholischen Pfarrei Gr.-Strehlitz ist der Kaplan Dr. Gierich daselbst betraut worden. Gesuche um Ertheilung von Kirchenbuchauszügen sind an den genannten Geistlichen zu richten.

Oppeln, den 8. März 1887.

**337.** Dem Kreis-Schul-Inspector Elsner in Leobschütz ist die Local-Inspection über die von dem vaterländischen Frauenverein daselbst errichtete Kleinkinderschule übertragen worden.

Oppeln, den 7. März 1887.

## Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

**290.** Am 25sten März und 22sten December v. Js.



ist in den Abendstunden der im Flur des Rosenthal'schen Hauses untergebrachte Dienstkasten der Grenz-Aufsichtsstation Rosdzin (Kreis Rattowitz) von seinem Standorte entfernt beziehungsweise erbrochen, und sind aus demselben verschiedene Inventariensücke entwendet worden. Der Thäter ist bisher in beiden Fällen unbekannt geblieben.

Demjenigen, welcher den Thäter beziehungsweise die Thäter so zur Anzeige bringt, daß die gerichtliche Bestrafung derselben erfolgen kann, wird hiermit eine Belohnung von 150 M. in Worten: Ein hundert und fünfzig Mark zugesichert.

Breslau, den 26. Februar 1887.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Schulze.

### 335. Bekanntmachung, die Herrschaftliche Bergwerksdirektion zu Rattowitz betreffend.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 13ten Juli 1874 (Amtsblatt der Königl. Regierung zu Oppeln Jahrgang 1874 S. 247) bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß dem Königl. Bergassessor a. D. Gustav Williger zu Rattowitz die von ihm bisher kommissarisch geführte Verwaltung der Myslowitz-Rattowitzer Bergwerksdirektion nunmehr, unter Beilegung des Titels „Bergwerksdirektor“, definitiv übertragen worden ist und daß derselbe zugleich die Geschäfte des Revierbeamten für den Bezirk der genannten Direktion übernommen hat.

Breslau, den 9. März 1887.

Königliches Oberbergamt.

### Personal-Chronik.

**332. Ertheilt:** dem Cand. phil. Kühnast zu Freyvogtei Peshniz, Kreis Groß-Strehlig, die Erlaubniß zur Uebernahme einer Hauslehrerstelle im Regierungs-Bezirk Oppeln.

**Bestätigt:** die Ersatzwahl des Schornsteinfegermeisters Woiton in Guttentag zum Rathmann, sowie die Vocationen der katholischen Lehrer Haule zu Patzschau, Kramer zu Langendorf, Kreis Reisse, May zu Pognitz und Wobitsch zu Bleischwitz, Kreis Leobschütz, Wawrzil zu Bielschowitz, Kreis Fahrze, Suchanek zu Szczepankowitz und Grieger zu Zawada-Benschau, Kreis Ratibor, Pietruschka zu Brzeze, Kreis Cosel, und des Lehrers Larisch an der simultanen Werkhule zu Lipine, Kreis Beuthen.

**Definitiv angestellt:** die katholischen Lehrer Namrath zu Klein-Althammer, Kreis Cosel, Fritz

zu Ostroppa, Kreis Gleiwitz, Reichel zu Polnisch-Krawarn, Kreis Ratibor, Sdawietz zu Ellguth, Kreis Rosenberg, und Cieplil zu Mieschowitz, Kreis Beuthen.

### 297. Personal-Veränderungen

im Bezirk des Oberlandesgerichts Breslau,  
während des Monats Februar 1887.

**Referendare:** ernannt: die Rechtskandidaten Neumann und Bathe; ausgeschieden: die Referendare Pirsch, von Schwerin — behufs Uebertritts in den Bezirk des Kammergerichts —, von Wurmb — behufs Uebertritts in den Staatsverwaltungsdienst — und Blasche.

**Subalternbeamte:** Allerhöchst verliehen beim Uebertritt in den Ruhestand: dem Ersten Gerichtsschreiber, Kanzleirath Sturm zu Breslau der Hohe Adlerorden IV. Klasse;

ernannt zum Gerichtsklassen-Rendanten in Brieg: der Gerichtsklassen-Kontroleur Höppner daselbst; zu Gerichtsschreibern: der Gerichtsschreibergehilfe Hante zu Oppeln bei dem Landgericht daselbst, der Gerichtsschreibergehilfe Mozynski zu Festenberg, der Bureaugehilfe Marquardt zu Tarnowitz und der Gerichtsvollzieher Ehrich zu Riegnitz bei den Amtsgerichten zu Myslowitz, Steinau a. O. und bezw. Lublinz; zu Gerichtsschreibergehilfen: der Gerichtsvollzieher Weinert zu Ranth bei dem Amtsgericht zu Breslau und der diätarische Gerichtsschreibergehilfe Kamme zu Oppeln bei dem Landgericht daselbst; zum Gerichtsvollzieher: der Gerichtsvollzieher fr. A. Peters zu Grünberg bei dem Amtsgericht daselbst; versetzt: die Amtsgerichts-Sekretäre Bartsch zu Tarnowitz, Robotta zu Rattowitz, Szerba zu Rupp und der Landgerichts-Sekretär Seidel zu Oppeln an die Amtsgerichte zu Landeshut, Rupp, Rattowitz und bezw. Waldenburg, und der Amtsgerichts-Sekretär Wuche zu Breslau an das Landgericht daselbst.

**Unterbeamte:** versetzt: der Gefangenenaufsicher Heimann zu Beuthen OS. als Kastellan an das Landgericht daselbst, der Gerichtsdiener Wawronski zu Sohrau OS. als Gefangenenaufsicher an das Gefängniß zu Strahlen, die Gerichtsdiener Lehmann zu Niederwüstegiersdorf und Schoene zu Schweidnitz an die Amtsgerichte zu Schweidnitz und bezw. Löwen; pensionirt: die ern. Gerichtsdiener Krumpa zu Beuthen OS. und Viel zu Reisse; geistorden: der Gefangenenaufsicher Hahn zu Beuthen OS.

Breslau, den 28. Februar 1887.

Der Präsident des Königl. Oberlandesgerichts.